

Oliver Rathkolb

**Bruno Kreisky – der „beste“ zweiten Mann als beliebtester Bundeskanzler
der Zweiten Republik. Ein österreichisches Paradoxon**

Festvortrag anlässlich des 112. Geburtstages von Bruno Kreisky im Bruno Kreisky Forum
für Internationalen Dialog, 23. Jänner 2023

Zuerst muss ich fairerweise meine vielfache Befangenheit festhalten: Fasziniert von Bruno Kreisky war ich bereits als junger Mittelschüler, nachdem ich im Wahlkampf 1971 die Kreisky-Biografie „Mann auf Draht“ gelesen und dann als Leser des Wochenmagazins „Profils“ die Politik der Kreisky-Regierungen, die durchaus kritisch analysiert wurde, verfolgt hatte.

Persönlich kennengelernt habe ich Bruno Kreisky bei drei Interviews für ein Forschungsprojekt im Februar 1984 hier im Nebenzimmer, aus der dann meine Arbeit für ihn persönlich resultierte – als historischer Material-Scherpa und Korrektor –, im Finale auch gemeinsam mit Marietta Torberg, wo ich de facto mein drittes Doktorat erworben habe und dann als Leiter des Bruno Kreisky Archivs. Nach seinem Ableben gehörte ich gemeinsam mit Margit Schmid, Karl Kahane, Ferdinand Lacina, Brigitte Ederer und Bundeskanzler Franz Vranitzky, der die Letztentscheidung für die Realisierung unserer Projekte traf, dem Gründungsteam des Bruno Kreisky Forums für internationalen Dialog an.

Also bin ich mehrfach befangen, doch gleichzeitig versuche ich als professioneller Zeithistoriker, immer wieder in reflexiv analytischen Aufsätzen oder auch in der Monografie „Die paradoxe Republik“, Kreiskys Eigenkonstruktionen sowie die Geschichtsbilder seiner Biografien zu hinterfragen und neu zu interpretieren, zu falsifizieren oder zu verifizieren.

Fakt ist , Bruno Kreisky ist der mit Abstand am intensivsten erforschte und analysierte Politiker der Ersten und Zweiten Republik – auch im Vergleich mit Julius Raab und Leopold Figl. Im Jahr 2010 votierten in einer IMAS-Umfrage für die Tageszeitung „Die Presse“ 59 Prozent der Befragten für Bruno Kreisky als den besten Regierungschef der Zweiten Republik – gefolgt von Leopold Figl (27 Prozent), sowie Karl Renner und Julius Raab (24 bzw. 23 Prozent).¹

Familiäre Prägungen

Die Wurzeln von Bruno Kreisky, und das sind meiner Meinung nach seine besonderen Stärken, liegen auf der einen Seite in der transnationalen Kultur der Habsburgermonarchie und in einem jüdischen, bildungsbürgerlichen Aufsteigermilieu sowie der idealistisch erfahrenen und immer wieder verklärten sozialdemokratischen Jugend- und Arbeiterbewegung, die eine neue und gerechtere Gesellschaft schaffen wollte. Genau zwischen diesen Polen ist es Kreisky gelungen, eine außergewöhnliche Persönlichkeit zu entwickeln.

Er gehörte zu jenen Menschen, die aus totalen und häufig erniedrigenden Niederlagen die Kraft für neue Projekte und Ideen schöpfen, er beherrschte also den Phönix-Effekt: Etwa als er 1935 bis Mitte 1937 in der Schuschnigg-Diktatur als Hochverräter zu einer Haftstrafe verurteilt und mit Studienverbot belegt wurde. März bis August 1938 verbrachte er in Gestapo-Haft, weil er für die Volksbefragung Schuschniggs intensiv geworben hatte. Ins Exil gezwungen, kehrte er 1946 unter großen Schwierigkeiten zurück, um von der eigenen Partei um Adolf Schärf nach Schweden zurückgeschickt zu werden. Dies sind nur wenige Beispiele.

Obwohl er sich von allen prägenden Rahmenbedingungen letztlich emanzipiert und einen eigenen Weg entwickelt hatte, stellte Kreisky in seinen Erinnerungen sehr offen seine Sozialisation dar. Auf der einen Seite war sein jüdischer Hintergrund: väterlicherseits eine

¹ Im November/Dezember 2010 votierten 59 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher für Bruno Kreisky als besten Regierungschef der Zweiten Republik, vgl. http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/624265/Umfrage_Oesterreicher-halten-Kreisky-fur-besten-Kanzler.

Lehrerfamilie aus Südböhmen, mütterlicherseits eine Industriellenfamilie (Felix) aus Südmähren.

Die k.u.k. Monarchie fand Kreisky – was ihre Größe in der Mitte Europas und ihre kulturelle Bedeutung betrifft – interessant. Als autoritäres politisches System verachtete er sie, wie alle Sozialdemokraten. Obwohl ihm sein jüdischer Hintergrund, die jüdische Kultur und jüdische Traditionen für ihn persönlich sehr wichtig waren, trat er 1931 im Alter von 20 Jahren aus der Israelitischen Kultusgemeinde aus. Er wurde Anti-Zionist und ließ sich als politisierter, junger Sozialist und Agnostiker seither immer wieder in ein sehr heftiges Konfliktsystem mit seinem jüdischen Hintergrund und später vor allem mit der israelischen Politik gegenüber den arabischen Nachbarn und Palästinensern ein.

Gleichzeitig versuchte Kreisky, sich als Großbürger zu inszenieren. Tatsache ist, dass er aus einem eher im Aufstieg begriffenen kleinbürgerlichen Milieu stammte. Sein Vater Max war ein einfacher Angestellter in einer Textilfirma, der es bis zum Direktor brachte. Die Firma stand im Eigentum der Großeinkaufsgesellschaft österreichischer Consumvereine (GöC), die – trotz des Selbstverständnisses als überparteiliche Organisation – der Sozialdemokratie nahestand.

Verheiratet war Max Kreisky mit einer begüterten Frau, Irene, aus der Industriellenfamilie Felix aus Trebitsch. Familie Kreisky war trotz Köchin, Hausangestellter und fallweisen Urlaub am Wörthersee oder kalten Badeferien in Allentsteig im Waldviertel sicherlich keine großbürgerliche Familie, wie auch die Wohnungen dokumentieren, in denen sie lebte. Die schicken Anzüge Kreiskys etwa stammten von einem verstorbenen Cousin.

Warum sich Kreisky gerne als Großbürger inszenierte, hängt damit zusammen, dass für ihn das jüdische Großbürgertum eine interessantere Projektionsfläche bot. Kreisky distanzierte sich nie von seiner jüdischen Herkunft. Jeder in Österreich wusste, dass er aus einer später relativ begüterten bürgerlichen Familie stammte, der mit einem gewissen Lebensstil einherging. Er wohnte seit den frühen 1950er Jahren in der Villa in der Armbrustergasse 15 im 19. Bezirk, die eine repräsentative Wirkung hatte und wo im 19.

Jahrhundert prominente Advokaten, die auch dem kaiserlichen Hause nahestanden, oder der berühmte Politiker und Jurist Josef Redlich residierten.

Bruno Kreisky gehörte zu jenen wenigen nach dem Zweiten Weltkrieg zurückgekehrten Juden, die mit allen Mitteln versuchten, dort anzuknüpfen, wo sie 1938 aufhören mussten. Dadurch gelang es ihm, die sicherlich vorhandenen Traumatisierungen durch die Shoah zu überwinden. Rund 40 engere Verwandte Kreiskys wurden von den Nationalsozialisten umgebracht, sein Lieblingscousin Arthur Kreisky wurde 1943 in Berlin-Plötzensee als tschechischer Widerstandskämpfer hingerichtet.

Trotzdem war es Kreisky möglich, nach vielen Jahren des Exils zwischen 1938 und 1950 an das Land Österreich und an eine Gesellschaft zu glauben, in der noch viele Täter, Mittäter, Zuschauer lebten, die Teil des Terror- und Vernichtungssystems gewesen waren – viele nicht nur im ehemaligen Österreich, sondern auch in den besetzten Gebieten Europas oder den kollaborierenden Staaten.

Kreiskys Zugang zum Nationalsozialismus war ein eher atypischer. Er gehörte zu den Opfern des Nationalsozialismus: er wurde 1938 in Gestapo-Haft geprügelt und gepeinigt, ausgewiesen und vertrieben. Dennoch gelang es ihm, mit einer relativ versöhnlichen Position in die Zweite Republik zu gehen. Das hängt stark damit zusammen, dass Kreisky sein ganzes Leben lang versuchte, Menschen in einem aufklärerischen Sinn für die Demokratie zu begeistern, vielleicht sogar zu Demokraten zu erziehen. Er war davon überzeugt, und das artikulierte er mehrfach, dass es möglich sei, ehemalige Mitglieder der NSDAP, aber auch Mitläufer, von den Vorzügen der Demokratie zu überzeugen.

Wie bei keinem Kanzler der Zweiten Republik vor ihm sprachen alle internen politischen Strukturbedingungen gegen Kreisky, gleichzeitig aber alle sozialen und internationalen Trends für ihn. Bruno Kreisky war zwar 1931 aus der Israelitischen Kultusgemeinde ausgetreten, seine jüdische Herkunft war jedoch sowohl in der sozialistischen Arbeiterjugend, in der illegalen Bewegung, im Exil als auch nach 1945 durchaus bekannt.

Aufgrund des während seiner Studienzeit rabiatischen Antisemitismus, der nach 1938

eskalierte und nach 1945 im Hintergrund weiter wirksam blieb, glaubte Kreisky selbst nie, eine absolute Spitzenfunktion in der Politik erreichen zu können. Häufig benützte er als Code für diese Selbsteinschätzung das Diktum vom „besten zweiten Mann“, der weder SPÖ-Vorsitzender noch Bundeskanzler werden könne. Gleichzeitig gab es bereits in seiner Mittelschulzeit nur ein großes Ziel: Politik zu machen (wobei ihn seine Mitschüler im Wiener Radetzkygymnasium als künftigen Wiener Gemeinderat sahen, denn nur dort gab es in den 1930er-Jahren noch sozialdemokratische Politiker jüdischer Herkunft in Regierungsfunktion). Als Jude und intellektueller scheinbarer Großbürger war Kreisky in einer doppelten Minderheitenposition und wurde von der Sozialistischen Arbeiterjugend nur nach langem Zögern und mehrfachen Ablehnungen akzeptiert.

Kreisky versteckte seine bürgerliche Herkunft nicht, aber er wollte nicht in den üblichen Zirkeln junger Intellektueller – unter ihnen viele Studenten und Studentinnen jüdischer Herkunft – des Verbands Sozialistischer Mittelschüler bzw. jenes der Studenten politisch aktiv sein. Er suchte die Nähe zur Basis, zu den Arbeiterkindern und -jugendlichen, und ließ sich durch unausgesprochenen (oder in der Illegalität durchaus angesprochenen) Antisemitismus nicht abschrecken.

Selbst als er durch einen Putsch in seiner Bezirksgruppe in Wien-Wieden abgewählt und in die nicht ungefährliche „Wüste“ nach Niederösterreich ins Tullnerfeld geschickt wurde, wo die Christlichsozialen dominierten, sah er dies als Aufgabe, nicht als Niederlage an. Hier zeigt sich erneut der Kreiskysche Phönix-Effekt. In Niederösterreich sollte er auch eines der Geheimnisse der Wählerakkumulation kennenlernen, wonach in Österreich trendbrechende Nationalratswahlen letztlich im regionalen Bereich, und nicht in den großen urbanen Zentren, entschieden werden.

Kreisky war bereits von frühester Jugend an jemand, den man heute als Wissensmanager bezeichnen würde. Selbst im hohen Alter war die erste Frage am Telefon: „Was gibt es Neues?“ Er las unglaublich viel, besonders in der Zeit der Haft aufgrund illegaler politischer Aktivitäten während des Schuschnigg-Regimes 1935/36, wie das editierte Hafttagebuch dokumentiert. Auch seine zum Teil publizierten Reden zeigen einen breiten Lesestoff, wobei er die Zitate durch „Eselsohren“ markierte oder seine Mitarbeiter und

Mitarbeiterinnen nach Zitaten suchen ließ und wichtige Bücher gerne im Schlafzimmer hortete.

Gleichzeitig war er ein scharfer Analytiker seiner Umgebung; selbst die Haftzeit nützte er, um seinen Mithäftlingen näher zu kommen, um diese Menschen zu verstehen. Bereits vor 1938 zeichnete ihn auch die Tatsache aus, dass er gerne gegen den Trend Ideen entwickelte und diese umsetzen wollte.

In einem Punkt war Bruno Kreisky vielen seiner Zeitgenossen – auch in der Sozialdemokratie – voraus: Er war nie radikaler Deutschnationalist, sondern verstand sich als Produkt des Schmelztiegels der österreichisch-ungarischen Monarchie. Dieser Umstand war eine wichtige Voraussetzung für sein Denken in großen internationalen Zusammenhängen. Aber er interessierte sich auch früh für außereuropäische Fragen im Zusammenhang mit der Antikolonialismusbewegung und der Sozialistischen Arbeiterinternationale.

Im Exil verstärkte sich Kreiskys Österreich-Gefühl, auch vor dem Hintergrund eines demokratischen und unpräzisen Patriotismus, den er im schwedischen Exil ab 1938 erlebte. Gleichzeitig diskutierte er mit Willy Brandt und anderen Sozialdemokraten aus vielen Teilen Europas intensiv in der Kleinen Stockholmer Internationale über die Neugestaltung Europas nach der Zerschlagung des Nationalsozialismus.

Dass Kreisky nach seiner Rückkehr 1951 dann so rasch in die Spitzenpolitik aufrückte, war ein reiner Zufall und hatte primär mit Bundespräsident Theodor Körner zu tun, dessen politischer Sekretär er war; in dieser Funktion konnte er am politischen Jour Fixe der Spitzen der Sozialdemokratie teilnehmen. 1953 wählte ihn Adolf Schärf als Staatssekretär aus, auch um ein positives Zeichen in Richtung Körner zu setzen, mit dem es latente Konflikte über innenpolitische Fragen gab. In weiterer Folge sollte Kreisky als Staatssekretär eine wichtige analytische und vermittelnde Rolle bei den Staatsvertragsverhandlungen spielen; er entwickelte sich sehr rasch zum außenpolitischen Kopf der SPÖ. Doch die innerparteiliche Karriere sollte er in der niederösterreichischen „Wüste“ fortsetzen – die Partei des „Roten Wien“ hatte Kreisky

auch nach 1945 abgelehnt. 1956 zog Kreisky als St. Pöltener Nationalratsabgeordneter ins Parlament ein.

Die politische Szene und vor allem die Wähler und Wählerinnen überraschte Kreisky als Außenminister, als er ein bisheriges ÖVP-Thema, die Südtirolfrage, in das Zentrum seiner Aktivitäten stellte. Vor der UNO trat er engagiert für die Minderheitenrechte in Südtirol ein und hätte mit dem italienischen Außenminister Giuseppe Saragat fast auch eine Autonomielösung ausgehandelt. Auch im Ministerium selbst betrieb er nicht die übliche Parteipolitik, sondern setzte auf unabhängige Diplomaten und die Zusammenarbeit mit ÖVP-Mitgliedern. Trotzdem wurde er in dieser Zeit, als seine Popularität zunehmend über die SPÖ-Wählerschaft hinausging, in der rechten Boulevardpresse immer wieder als „Emigrant“ und „Jude“ attackiert.

Wirklich öffentlich präsentieren konnte sich Bruno Kreisky aber wegen seines speziellen Zugangs zu Journalisten und Journalistinnen unterschiedlicher politischer Ausrichtung. Bereits seit den 1950er-Jahren kontaktierte er regelmäßig eine Kerngruppe der österreichischen Journalistik und integrierte diese de facto phasenweise in sein politisches Wirken. Im Unterschied zu Kanzlern der vergangenen Jahre, hatte Kreisky nicht einhundert Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die ihm zuarbeiteten, sondern war, wie sein ehemaliger Pressesprecher Johannes Kunz sagte, gerne sein eigener Spokesman.

Kreisky war in diesem Sinne sehr amerikanisiert und profitierte auch von der Aura der Moderne und des demokratischen Fortschritts der Kennedy-Ära. Gegen starke Widerstände der Berufsdiplomaten heuerte er PR-Fachleute an, die ihm Zugang zu US-Entscheidungssträgern verschafften, so auch einen Privattermin bei John F. Kennedy.

Ähnlich wie Kennedy in den USA war Kreisky auch ein Produkt der – zeitverzögerten – Nachkriegsrebellionen, die in den USA zum Civil Rights Movement und in Europa zu den national unterschiedlich artikulierten Studenten- und Jugendkonfrontationen geführt hatten. Kreisky war in dieser Phase bis weit in die 1970er-Jahre ein „Atlantiker“ wie Willy Brandt, aber nicht nur Anti-Kommunist, der beispielsweise an den ersten Planungen für ein Gegenfestival zum Kommunistischen Weltjugendfestival in Wien 1959 mitarbeitete,

sondern aktiver Entspannungspolitiker, mit wichtigen Beiträgen zur Lösung der Kuba-Raketenkrise 1962 und der KSZE in den 1970er-Jahren.

In der Innenpolitik war Kreisky ein gewiegener politischer Pragmatiker, der vorsichtig die Bereitschaft der Gesellschaft auslotete, Reformen zu akzeptieren und auch die Sozialpartnerschaft zu fördern. Während Julius Raab das Fernsehen als „Kastl“ abgetan und im Proporzschema der SPÖ überlassen hatte, erkannte Kreisky sehr früh die Bedeutung dieses Mediums, das in den späten 1960er-Jahren zunehmend Verbreitung in Österreich fand. In den inzwischen in die Fernsehgeschichte eingegangenen Debatten mit Bundeskanzler Klaus dominierte Kreisky aufgrund seiner Natürlichkeit, Schlagfertigkeit, aber auch seines Bestrebens, komplizierte Dinge einfach und prägnant zu formulieren.

Wie kein anderer SPÖ-Parteivorsitzender seit 1945 war Bruno Kreisky imstande, binnen weniger Jahre nicht nur die Partei zu einigen und traditionelle SPÖ-Wählersegmente wieder voll und ganz auszuschöpfen, sondern auch junge und intellektuell mobile Wähler und Wählerinnen anzusprechen.

Kreisky war nicht der Kandidat des Parteipräsidiums und von Teilen der Wiener SPÖ, aber wurde mit 63 Prozent der Parteivorstands - und immerhin 70 Prozent der Parteitagsdelegiertenstimmen gewählt. In seiner Rede unmittelbar nach der umkämpften Wahl zum Parteivorsitzenden signalisierte er eine Reihe von politischen Grundeinstellungen, die die Regierung Klaus ebenfalls auf ihre Fahnen geschrieben hatte: so zum Beispiel die „Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse“ durch „die Wissenschaft“, wobei der Computertechnologie besondere Bedeutung zugeschrieben wurde. Gleichzeitig deutete er aber auch ideologische Kampfbereitschaft an, indem er dem Problem der Automation und dem damit verbundenen Verlust von Arbeitsplätzen besonderes Augenmerk widmen wollte. Retrospektiv analysiert, blieben die Codes, die Kreisky damals ausgesandt hat, auch für die kommenden Jahre gültig: Modernität, jedoch mit dem Menschen als Mittelpunkt, wissenschaftliche Methoden zur Entwicklung politischer Strategien sowie ein Minimum an ideologischer Grundsatztreue, mit Rückbesinnung auf die Zwischenkriegszeit und die großen Austromarxisten (eine Linie, die vor allem Adolf Schärf, aber auch Bruno Pittermann aus ihrem politischen

Sprachrepertoire fast völlig verdrängt hatten). Gleichzeitig positionierte er sich aber immer als bürgerlicher Humanist und vermied jeden Anschein von klassenkämpferischen Parolen, ohne auf die Forderung nach gesellschaftlichen Veränderungen zu verzichten. In diesem Sinne war er bestrebt, höchst ambivalente, entgegengesetzte Positionen zu vereinen.

Rasch versuchte Kreisky die frühere Führungsgarnitur um Bruno Pittermann und Karl Waldbrunner, aber auch ÖGB-Präsident Anton Benya, der ihn am Parteitag besonders offensiv attackiert hatte, wieder zu beruhigen. Pittermann erhielt relativ freie Hand als Klubobmann und in der parlamentarischen Oppositionsarbeit und blieb Präsident der Sozialistischen Internationale. So gelang es Kreisky, das 1966/67 überaus gespannte Verhältnis allmählich zu entkrampfen. Auch mit Waldbrunner fand Kreisky wieder eine gute berufliche Ebene. In Personalfragen zeigte sich Kreisky durchaus konzilient. So wurde zum Beispiel der Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, Franz Kreuzer, der heftig kritisierenden Gewerkschaftsfraktion und der Wiener Rathausfraktion geopfert und durch den in der Gewerkschaftsbewegung verankerten Journalisten Paul Blau ersetzt.² Diese interne Befriedungspolitik hatte aber einen relativ hohen Preis und schränkte 1970 Kreiskys Möglichkeiten bei der Zusammensetzung der ersten SPÖ-Minderheitsregierung ein.

Hingegen war der neue Parteivorsitzende in strategischen Fragen bestrebt, eine eigene und neue Linie zu entwickeln. Bereits in der kurzen Zeit als niederösterreichischer Landesparteiobmann hatte Kreisky große Pläne zur Umwandlung der Wirtschaftsstruktur zu entwickeln begonnen, vor allem unter Bezugnahme auf das Beispiel Hessen und den Ministerpräsidenten Georg August Zinn in der Bundesrepublik Deutschland. Noch lange hielt er mit ihm Kontakt ebenso wie mit dessen engen Mitarbeiter Otto Georg.

Kreisky beauftragte Ernst Eugen Veselsky, den von der Arbeiterkammer nominierten Geschäftsführer des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen, Expertenkomitees zur Erarbeitung wirtschaftspolitischer Programmlinien zusammenzustellen. Neue und junge

² Bruno Kreisky, *Zwischen den Zeiten*, Berlin 1986, S. 391.

Experten und Expertinnen sollten in acht Arbeitskreisen Vorschläge für eine künftige Struktur- und Wachstumspolitik der SPÖ entwerfen, wobei eine Reihe bisheriger wirtschaftspolitischer Tabus gebrochen wurde und altgediente Experten eher an den Rand gedrängt wurden.³ Mit diesem publizistisch perfekt umgesetzten Expertenprogramm bewies Kreisky, dass die SPÖ Wirtschaftskompetenz besaß und bereit war, parteiungebundene Experten in ihre Grundsatzüberlegungen aktiv einzubeziehen. Bis zum heutigen Tag wird diese Idee immer wieder kopiert – manchmal auch in leicht veränderter Form –, an den Reformschwung der 1970er-Jahre sind aber weder die „Themen der Zeit“ noch die aktuellen „Innovationsnetzwerke“ je wieder herangekommen.

Neben diesem Wirtschaftsprogramm unter dem Titel „Reform der österreichischen Wirtschaft. Leistung, Aufstieg, Sicherheit“, das am Parteitag 1968 beschlossen wurde, legte die SPÖ ein Programm vor, das die Strukturschwächen der österreichischen Wirtschaft allmählich beseitigen und den Lebensstandard jenem Schwedens angleichen sollte. Keynesianische Ansätze fanden sich in diesem Programm jedoch noch keine.

Unter den „1400 Experten“ der SPÖ – tatsächlich war die Kerngruppe bedeutend kleiner – war auch eine Gruppe, die unter der Leitung von Hertha Firnberg ein umfassendes „Humanprogramm“ erarbeitete, das Strategien zur „Gesundheitspolitik und Umwelthygiene“ enthielt, zum Beispiel zu Umweltfragen wie Wasserreinhaltung, Lärmbekämpfung, Ernährungspolitik. Auch hier setzte die SPÖ auf Zukunftsperspektiven. Neben einem Schul- und Erwachsenenbildungsprogramm wurde auch ein umfassendes Hochschulprogramm entwickelt.

Das Justizprogramm wurde von einer Arbeitsgruppe um Christian Broda entworfen, der sich mit Kreisky überworfen hatte, nachdem er ihn bei der Parteitagsabstimmung nicht unterstützte hatte, obwohl Kreisky seinerseits Broda, der aus der kommunistischen Bewegung kam, in der SPÖ gegen Franz Olahs virulenten Antikommunismus geschützt hatte.

³ Julian Uher, Das Wirtschaftsprogramm 1968. In: Austro-Keynesianismus in Theorie und Praxis, hg. von Fritz Weber und Theodor Venus, Wien 1993, S. 58ff.

Das „Konzept der Experten“ gehörte zu einer wesentlichen Strategie Kreiskys: „Unsere Partei ist eine offene Partei. Sie ist offen für alle, die mit uns arbeiten wollen.“⁴ Zu diesem Konzept gehörte auch eine Fortsetzung des Ausgleichs mit der katholischen Kirche, die der Agnostiker Kreisky konsequent betrieb. Heikle Fragen wie die Entkriminalisierung der Abtreibung in Verbindung mit der Fristenlösung wurden vor 1970 nicht offensiv diskutiert und sollten erst in den folgenden Jahren eine wichtige innenpolitische Rolle spielen.⁵

Die Reformvorstellungen der SPÖ, die kurz vor den Nationalratswahlen noch durch einen Slogan über die Dauer des allgemeinen Präsenzdienstes ergänzt wurden – „Sechs Monate sind genug“ –, wurden vor allem in bisher von der ÖVP dominierten Kleingemeinden rezipiert, mit Schwerpunkten bei der gehobenen Mittelschicht, Frauen, Angestellten und Jungwählern. Insgesamt wanderten 158.000 Stimmen direkt von der ÖVP zur SPÖ.⁶

Peter Ulram fasste die Nationalratswahlergebnisse 1970–1979 mit folgender These zusammen: „Die SPÖ hat es also geschafft, die sozial-liberale Interessen- und Wertekoalition in eine mehr als ein Jahrzehnt andauernde Wählerkoalition zu transformieren und so zur hegemonialen Kraft des österreichischen Parteiensystems aufzusteigen.“⁷

Kernstück bereits im Rahmen Kreiskys Oppositionsarbeit war indes ein neues Wirtschaftsprogramm, das erstmals den neuen pragmatischen Kurs der SPÖ präsentieren und alte Images sozialdemokratischer Politik aus der Zwischenkriegszeit, die auch nach 1945 wirksam geblieben waren, endgültig auflösen sollte. 1970 propagierte er ein „Wirtschaftsprogramm der österreichischen Sozialdemokratie, die doch den Ruf hat, eine besonders radikale, eine austromarxistische Partei zu sein [...] ein neuer Entwurf, der die Gleichheit alles produktiven Eigentums statuiert“, was wiederum ausdrückliche Anerkennung der „Gleichheit des privaten Eigentums, des gemeinwirtschaftlichen

⁴ Zitiert nach Buchegger, Stamminger, Anspruch, S. 33.

⁵ Vgl. dazu ausführlich Maria Mesner, Geschichte der Abtreibungsdiskussion 1945–1992. Wien 1994.

⁶ Ulram, Hegemonie und Erosion, S. 238.

⁷ Ebenda, S. 240.

Eigentums jeglicher Art“ bedeutete.⁸

Es wäre jedoch eine Fehleinschätzung zu glauben, dass der „Sozialdemokrat“ Kreisky – er schätzte den Begriff Sozialdemokrat positiver ein als die offizielle Eigenbezeichnung Sozialist – deshalb auf gesellschaftliche Reformen und politische Visionen verzichtet hätte. Es zeichnet die ersten Jahre der SPÖ-Minderheits- bzw. Alleinregierungen aus, dass durchaus politisch kontroversielle Konzepte umgesetzt wurden. Kreisky und seine Minister verstanden es, das gesamtgesellschaftliche Reformpotential auszuloten und mit täglich spürbaren konkreten Inhalten zum Vorteil der sozial benachteiligten Gruppen (zum Beispiel Schülerfreifahrten, Gratisschulbücher und anderes) zu füllen. In vielen Fällen kam es aber nicht zu einer Umverteilung, da alle Gruppen – unabhängig von ihrem Einkommen – diese Sozialleistungen in Anspruch nehmen konnten. Nur im Bereich der Bezieher von Ausgleichszulagen und im Pensionsbereich wurden Mitte der 1970er-Jahre gesonderte Erhöhungen durchgesetzt.

Gleichzeitig zeigt der Wahlkampfslogan „Kreisky und sein Team“, dass es gerade die starken eigenständigen Ministerpersönlichkeiten wie Christian Broda, Hertha Firnberg, Josef Staribacher und der junge Hannes Androsch die besondere Qualität seiner Regierung waren, die tatsächlich in relativ kurzer Zeit zahlreiche Reformen umsetzen und entsprechend kommunizieren konnten.

Kreisky konnte mit allen Bevölkerungsschichten – vom Akademiker bis zum einfachen Arbeiter – gleich gut kommunizieren. Aber nicht nur das: Er machte das gerne und mit großer Leidenschaft und gab das seinem Gegenüber zu verstehen. Viele Informationen aus diesen Gesprächen wurden dann tatsächlich in den politischen Entscheidungsprozess eingebracht – in den meisten Fällen durchaus zum Guten, in manchen aber auch zum Negativen, wie noch gezeigt werden wird. Das Bild Kreiskys mit dem Telefonhörer in der Hand – wie auf dem Cover von „Mann auf Draht“ – beschreibt ihn eigentlich am besten. Er war tatsächlich fast 24 Stunden am Tag für seine Bürger und Bürgerinnen erreichbar

⁸ Parteiprogramme im Widerstreit der Interessen. Die Programmdiskussionen und die Programme von ÖVP und SPÖ 1945–1986 (= Österreichisches Jahrbuch für Politik, Sonderband 3). Wien 1990, S. 441.

– zumindest theoretisch, seine Telefonnummer stand tatsächlich im Telefonbuch. Immer wieder befragte Kreisky auch seinen legendären Chauffeur Blauensteiner als seine Stimme des Volkes, der ihm seinerseits ganz offen in dem Rover mit dem Kennzeichen W 609 seine Meinung kundtat.

Die theoretischen Ideen des SPÖ-Vorsitzenden und Bundeskanzlers konzentrierten sich zunehmend auf die Umsetzung der „sozialen Demokratie“; Kreisky selbst bezeichnete sich als „Zentrist“ und „Aufklärer“ im positiven Sinn. Trotzdem blieb die SPÖ beim grundsätzlichen Streben nach einer „klassenlosen Gesellschaft“, um zumindest ein theoretisches Korrektiv gegen neue klassenartige Entwicklungen im Sozialstaat zu haben.

Kreiskys politisches Ziel war es keineswegs, aus der SPÖ eine „linke Volkspartei“ zu machen, obwohl er 1972 auf dem Villacher Parteitag signalisierte, dass „es viele gibt, die mit uns ein großes Stück des Weges gemeinsam gehen wollen, ohne daß sie sich vorerst deshalb zur Gänze unseren Zielvorstellungen zu verschreiben wünschen“⁹. Insbesondere im Zuge der innerparteilichen Debatte um das neue Parteiprogramm 1978 versuchte die SPÖ wieder neue/alte gesellschaftspolitische Visionen festzuschreiben, nicht nur um die Linke in der Partei zu besänftigen, sondern auch um ganz bewusst dem Machtmissbrauch und der Sättigung der Regierenden entgegenzuwirken. Die innerösterreichische Realpolitik Ende der 1070er- und Anfang der 1980er-Jahre wurde zunehmend von Affären dominiert (AKH-Skandal), in die Sozialisten verwickelt waren.

Die Auseinandersetzung zwischen Kreisky und dem Vizekanzler, Finanzminister und langjährigen präsumtiven Nachfolger Hannes Androsch, ausgelöst durch die geschäftliche Expansion von dessen treuhänderisch verwalteter Steuerberatungskanzlei „Consultatio“ und dessen letztlich gerichtlich bestätigte Steuerhinterziehung, sind paradigmatisch für Kreiskys Scheitern in dem Bestreben, in allen gesellschaftlichen Bereichen – und besonders in der SPÖ – einen permanenten Reformprozess durchzusetzen. Kreiskys Werteskala in dieser Frage, die geprägt ist von der puritanischen Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit, ist heute kaum noch nachzuvollziehen. Er hatte es – ebenso wie sein

⁹ Sozialistische Partei Österreichs (Hg.), Dr. Bruno Kreisky – Vom Heute ins Morgen. Rede vor dem Villacher Parteitag 1972, Wien 1972, S. 8.

Sohn Peter – abgelehnt, das Millionenerbe der im Holocaust fast ausgerotteten Familie Felix in Schweden anzutreten, ebenso wie er nie die Villa in der Armbrustergasse im Eigentum besitzen wollte, weil sich das für einen Sozialdemokraten „nicht gehört“.

In weiterer Folge eskalierte die Konfrontation zwischen Kreisky und Androsch und lähmte bereits vor 1980 teilweise die Regierungsarbeit. Wichtige Minister wie Broda oder Ministerin Firnberg hatte für Androsch Partei ergriffen. Erst nach mehrmaligen Versuchen konnte sich Kreisky durchsetzen und Androsch zur Aufgabe der Vizekanzlerschaft und des Finanzministeriums und zum Wechsel in die Creditanstalt Bankverein „bewegen“.

Die Zahl der wechselseitigen Beschuldigungen, die durch „Zuträger“ kommuniziert und verstärkt wurden, ist Legion und bedürfte einer eigenen Studie.¹⁰ Beide Hauptakteure erklärten übrigens kurz sogar den Rücktritt von ihren politischen Funktionen: Hannes Androsch gegenüber einem ORF-Fernsehteam, Bruno Kreisky in einem handschriftlichen Schreiben an Karl Blecha. Beide Rücktrittserklärungen wurden jedoch nicht öffentlich; Androschs Presseemann ließ die Bänder einziehen und widerrief die Interviewautorisierung, Kreisky zerknüllte den Brief und ließ ihn in den Tresor legen.

Der entscheidende Riss aber erfolgte bereits unmittelbar nach dem Tod von Bundespräsident Franz Jonas Ende April 1974 nach einem Gespräch zwischen Hannes Androsch und dem Wiener Bürgermeister Leopold Gratz im Lusthaus im Prater. Beide boten Kreisky später im Bundeskanzleramt an – ob aus Gründen der Anciennität oder mit Hintergedanken, wie ich vermute –, ihn als Kandidaten für den Bundespräsidentenwahlkampf vorzuschlagen. Kreisky empfand das als Affront, da er selbst im Jänner 1957 als Sprecher der „Jungtürken“ in der SPÖ Adolf Schärf vom Zentrum der Macht als Vizekanzler und Parteivorsitzender in die symbolische Machtzentrale der Bundespräsidentenkanzlei „weggelobt“ hatte. Überdies entdeckte er zufällig bei einem Besuch im Lusthaus, dass sich Androsch und Gratz gleichzeitig im Gästebuch unterzeichnet hatten. Weder Gratz noch Androsch war dies bewusst, ab diesem

¹⁰ Barbara Liegl und Anton Pelinka haben einen ersten Versuch gewagt: Chronos und Ödipus. Der Kreisky-Androsch-Konflikt. Wien 2004.

Zeitpunkt begann Kreisky jeden Schritt seines Lieblingsnachfolgers argwöhnisch zu beobachten.

Geschichtspolitik und die Nachwehen des Nationalsozialismus

Bruno Kreisky hatte eigentlich einen ganz engen politischen Handlungsrahmen gehabt, der dadurch geringer wurde, dass er jüdischer Herkunft und im Exil gewesen war. Beide Faktoren hätten ihn normalerweise von einer politischen Karriere ausgeschlossen. Dass Kreisky in einem Land mit einem so hohen Anteil an ehemaligen NSDAP-Mitgliedern, SS- und Wehrmichtsangehörigen doch eine derartig erfolgreiche politische Karriere umsetzen konnte, ist sicher ein Paradoxon.

Bei ersten Gesprächen 1951 nach seiner Rückkehr aus dem Exil signalisierte ihm selbst linke Sozialisten wie der Wiener Nationalratsabgeordnete Karl Mark deutlich: „Misch' dich nicht in die Entnazifizierungspolitik ein und schon gar nicht aufgrund deiner jüdischen Herkunft und weil du im Exil warst, du verstehst nicht, was wir hier mitgemacht haben.“ Als Kreisky als Kabinettsvizedirektor bei Theodor Körner fungierte – damals die sogenannte „Persilscheinfabrik“ der Republik, wo ehemalige NSDAP-Mitglieder in Schnellverfahren entlastet wurden –, musste er beim Studium der Akten mit Unbehagen feststellen, dass immer wieder auch höchst belastete ehemaligen Nationalsozialisten und SS- und SA-Mitglieder amnestiert wurden.

ENur einmal stützte er im Hintergrund Bundespräsident Körner, als die ÖVP versucht hat, den VdU, den Verband der Unabhängigen, in die Regierung 1953 zu nehmen, um die SPÖ zu schwächen. Der VdU trat offen als Sammelpartei der ehemaligen NSDAP-Mitglieder auf und ging 1956 in der FPÖ auf. Selbst Bundeskanzler Julius Raab schrieb in seinem Tageskalender von „lauter Naziforderungen“. Gleichzeitig macht er mit antisemitischen Zuschreibungen Kreisky für das Scheitern dieser ÖVP-Pläne verantwortlich.

Als erste geschichtspolitische Nagelprobe für Kreisky stellte sich die Pressekonferenz des Leiters des jüdischen Dokumentationszentrums Simon Wiesenthal 1970 heraus, in der

dieser die NSDAP-Mitgliedschaft von fünf SPÖ-Ministern, darunter ein ehemaliger SS-Mann als Landwirtschaftsminister, bekannt machte. Kreisky war sich bewusst, dass er ein geschichtspolitisches Bekenntnis ablegen müsse: Er nahm alle Minister mit NSDAP-Vergangenheit in Schutz, inklusive den SS-Mann, den er nicht wirklich kannte. Er sorgte aber dafür, dass dieser schnell wieder in der Kärntner „Versenkung“ verschwand. Gleichzeitig nahm er für alle diese Minister das Recht in Anspruch, aus der eigenen Geschichte während des Nationalsozialismus zu lernen. Kreisky versuchte mit allen Mitteln, einen kritischen Diskurs darüber, warum der eine oder andere als Mitglied der Hitlerjugend in die NSDAP übernommen wurde, von vornherein abzublocken. Für Kreisky bedeutete diese Auseinandersetzung, dass er sich zum ersten Mal ganz offensiv vor ehemalige Nationalsozialisten stellen musste, um nicht aufgrund seines jüdischen Hintergrundes als ein Österreicher-feindlicher Politiker eingestuft zu werden.

Was man dabei nicht vergessen sollte, ist natürlich auch, dass Simon Wiesenthal diesen großkoalitionären geschichtspolitischen Kompromiss, über die NS-Vergangenheit von Spitzenpolitikern zu schweigen, bis 1970 mitgetragen hat. Wiesenthal hatte bis zu diesem Zeitpunkt keinen einzigen Minister, sei es aus den Reihen der ÖVP oder der SPÖ, auf dessen NSDAP-Vergangenheit aufmerksam gemacht, wie etwa auf jene des ÖVP-Finanzministers Reinhard Kamitz oder des ÖVP-Obmanns Karl Schleinzer, der Verteidigungs- bzw. Landwirtschaftsminister war.

Kurz vor den Nationalratswahlen 1975 fand Simon Wiesenthal beim Aufräumen seines Büros, so seine Selbstdarstellung, zufällig Unterlagen über die Zugehörigkeit des damaligen FPÖ-Obmannes Friedrich Peter zu einer SS-Mordbrigade. Er übergab die Unterlagen noch vor der Wahl Bundespräsident Rudolf Kirchschläger, um ihn zu motivieren, im Falle einer möglichen Koalition zwischen der SPÖ und der FPÖ sein Veto einzulegen. Dass Kreisky nach dem Wahlerfolg die Unterstützung der FPÖ nicht mehr benötigte, hinderte Wiesenthal nicht daran, wenige Tage nach der Wahl dieses Faktum publik zu machen – und damit auch Kreisky noch einmal unter Zugzwang zu setzen, wie bereits 1970.

Bruno Kreisky sah darin ein neuerliches parteipolitisch motiviertes Manöver und machte in der weiteren Folge diese Auseinandersetzung, meiner Meinung nach ganz bewusst, zu einer hoch emotionalisierten und geschichtspolitischen Nagelprobe. Er beschuldigte Wiesenthal nicht nur mafioser Methoden, sondern stellte ihn auch in die direkte Nähe der Kollaboration mit den Nationalsozialisten in den Konzentrationslagern. Dass Kreisky so handelte, hängt auf der einen Seite mit seinen vielfältigen Auseinandersetzungen mit Wiesenthal über die Nazifrage zusammen, auf der anderen Seite war es für ihn ein weiterer Versuch, sich als eine Art Schutzpatron vor die Österreicher zu stellen, selbst wenn dabei ein Mann wie Friedrich Peter mit einer derartigen Vergangenheit verteidigt werden müsste.

Friedrich Peter hatte einer Einheit angehört, die zigtausende Juden, Partisanen, Kinder, Frauen, Greise verfolgt, gepeinigt und ermordet hatte. Dass Kreisky dieses Faktum sozusagen mit einem Federstrich wegwischte, ist auch als Versuch zu sehen, sich aus einer geschichtspolitischen Klammer, die ihm Simon Wiesenthal umgelegt hatte, zu befreien. Wiesenthal stellte, bewusst oder unbewusst möchte ich dahingestellt lassen, den Österreichern noch einmal indirekt die Frage, ob sie den Juden Bruno Kreisky als Bundeskanzler haben wollen. Kreisky stellte sich mit aller Vehemenz und unglaublicher Emotionalität vor Friedrich Peter, um sich aus dieser Umklammerung Simon Wiesenthals zu lösen.

Kreisky wiederholte in den 1980er-Jahren in einem Gerichtsverfahren diese Vorwürfe gegen Wiesenthal noch einmal, die sich auf dubiose Informationen stützten, die teilweise auch von kommunistischen Geheimdiensten aus Polen fabriziert worden waren und einen angeblichen Zeugen für Wiesenthals Kollaboration benannten. Kreisky glaubte und wollte daran glauben, dass es diesen Zeugen gab. Tatsächlich suggerierte der polnische Geheimdienst, dass der Zeuge der CDU-Vertriebenenminister Theodor Oberländer war. Dieser hielt sich in jeder Richtung bedeckt und schwieg, obwohl er selbst mit Wiesenthal in Kontakt stand, und Wiesenthal gegen polnische Vorwürfe in Warschau an Kriegsverbrechen beteiligt gewesen zu sein, entlastete. Oberländer schadete letztlich damit sowohl Kreisky als auch Wiesenthal.

Dass Simon Wiesenthal hier genauso parteipolitisch agierte wie Bruno Kreisky, ist ein Faktum. Letzten Endes hatte aber Kreisky die Eskalation verursacht, die eine tiefe Verletzung Wiesenthals mit sich zog.

Ganz so Unrecht hatte Kreisky in Bezug auf die geschichtspolitischen Einstellungen der österreichischen Gesellschaft nicht. Als 1978 erstmals die autoritären Einstellungen der Österreicher mittels einer Umfrage analysiert wurden, wurde der Grad an Antisemitismus, die Tendenz zur Verherrlichung des Nationalsozialismus als ein gutes System, das nur aus dem Ruder gelaufen war, deutlich sichtbar. Abgesehen von einer Veröffentlichung im „Extrablatt“ wurde diese IFES-Studie Ernst Gehmachers schnell verräumt, sie war scheinbar zu brisant, da auch qualitative Studien mit Polizisten gemacht wurden.

Kreisky hatte selbst Erfahrungen mit dem antisemitisch-revisionistischen Bodensatz in der österreichischen Gesellschaft gemacht. Er war fest davon überzeugt, dass es mit einem sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmenpaket gelingen könne, autoritären Strömungen entgegenzuwirken.

Ebenso wie Willy Brandt in der Bundesrepublik Deutschland wurde Kreisky immer wieder massiv attackiert und persönlich verunglimpft, ließ sich aber selten von seinen politischen Zielsetzungen abbringen. Dass nicht immer alles glückte, hing auch mit seinem Temperament zusammen, das er versuchte zu zügeln. Sein ständiges Motto, ein Horaz-Zitat, hing in seinem Büro an der Wand: „Den Gleichmut wahr dir mitten im Ungemach; wahr ihn desgleichen, lächelt dir hold das Glück.“

Schuldenpolitik neu betrachtet

Vor dem Hintergrund der Staatsschuldenentwicklung in Österreich in den vergangenen Jahren, könnte ich mir dieses Kapitel sparen, dennoch es ist eine der stereotypen Erinnerungen an die Kreisky-Zeit, die doch einer Analyse unterzogen werden muss: Grundsätzlich muss darauf hingewiesen werden, dass es den Austro-Keynesianismus als wirtschaftspolitische Strategie in den Vorbereitungen zum Wahlkampf 1970 nicht gab.

Vor allem in den ersten Jahren nach 1970 wurden die vorher schon skizzierten Transferleistungen (Schulfreifahrten, kostenlose Schulbücher, kostenlose Mutter-Kind-Untersuchungen, Heiratsbeihilfe) geschaffen, um die niedrigen Einkommen zu entlasten. Gleichzeitig wurden aber alle Einkommen dadurch erhöht, dass diese Maßnahmen nicht sozial gestaffelt waren – wieder ein deutliches Signal des sozialpartnerschaftlichen Grundkonsenses, der in der Kreisky-Ära trotz absoluter Mehrheit der SPÖ im Parlament besonders wirksam wurde.

Der Nachteil dieses Systems ist, dass – zum Beispiel im Vergleich mit anderen Staaten mit einem ausgeprägten Wohlfahrtssystem – die Einkommensunterschiede in Österreich relativ groß sind (und hier insbesondere Frauen betreffen, die nach wie vor keinen gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten). Das schwedische Modell der hohen Steuerquoten wurde in diesem Bereich ausdrücklich nicht angestrebt; Kreisky fürchtete um seine absolute Mehrheit. Jene konservativen und unabhängigen Wähler, die primär ihn und nicht die SPÖ gewählt hatten, hätten in einem solchen Fall wohl nicht mehr für ihn gestimmt.

Anfangs profitierte Kreisky auch von der Politik der ÖVP-Alleinregierung und von Finanzminister Stephan Koren, der den Staatshaushalt durch Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen konsolidierte. Gleichzeitig wurden die erzielten Überschüsse zur Konjunkturbelebung und Bekämpfung der Rezession verwendet.

Die Phase des Deficit Spending in der Regierung Kreisky II nach 1973 war eine wirtschaftspolitische Reaktion auf den ersten Erdölpreisschock 1973 und entsprach keineswegs sozialistischen Planungen. Die Rezession der Jahre 1973 bis 1975 beendete das Goldene Zeitalter des Wachstumsbooms in Europa und in den USA (so hatte Österreich in den 1960er-Jahren Wachstumsraten von fast 5 Prozent erzielt, ab 1973 nur mehr 2,6 Prozent pro Jahr).

Der Begriff Austro-Keynesianismus für diese Politik wurde erst Ende der 1970er-Jahre von dem Ökonomen und Staatssekretär in der letzten Regierung Kreisky, Hans Seidel, ex post geprägt. Realpolitisch handelte es sich um eine 1973/74 entwickelte aktive Strategie,

durch eine „Kombination von Nachfragemanagement, Einkommenspolitik und Hartwährungspolitik“ dem Angebotsschock der Erdölpreiserhöhungen entgegenzuwirken. Wirtschaftspolitisch war diese Vorgangsweise ein letzter – kurzfristig gesehen durchaus erfolgreicher – Versuch, die Möglichkeiten einer kleinen „Inselökonomie mit Außenwirtschaftsbeziehungen“ (so Hans Seidel 1986) auszunützen und gegen den weltwirtschaftlichen Strom zu schwimmen, sozusagen die negativen Auswirkungen des ersten Erdölpreisschocks abzufangen.

Der „Policy-Mix“ zeigte im Bereich der Arbeitslosenraten deutliche Erfolge; während 1973 Österreich und OECD-Europa ähnliche Ausgangsbedingungen hatten (1,2 Prozent gegenüber 3,5 Prozent), war 1979 der Unterschied bereits größer geworden (2,0 Prozent gegenüber 6,2 Prozent), um 1983 endgültig einen markanten Strukturunterschied zu signalisieren (4,4 Prozent gegenüber 10,4 Prozent). Immer wieder wurde klar, dass Kreisky selbst, aber auch eine Reihe seiner Minister und die Sozialpartner diese Beschäftigungspriorität forcierten, auch um das gesamte demokratische Gefüge zu stabilisieren. Daran änderten auch manche Zwischenrufe der Privatwirtschaft und Privatindustrie nichts. Die negativen Erfahrungen mit der Massenarbeitslosigkeit der Zwischenkriegszeit hatten nach 1945 einen Grundkonsens geschaffen, den Kreisky selbst immer wieder betonte. Hier zeigt sich, dass ihn die positive Erfahrung in Schweden sehr geprägt hatte.

Ein zweiter Effekt des Deficit Spending, der jedoch bereits vor 1970 geplant war und Ideen von Koren fortsetzte, betraf die „Modernisierung“ der österreichischen Wirtschaft. Symbolisiert wurde diese Strategie durch den SPÖ-Wahlslogan von 1970: „Österreich europareif machen“. Die 1970er-Jahre sind jene Periode in der österreichischen Volkswirtschaft, in der die meisten Infrastrukturmaßnahmen (Verkehrswege, Schulen, Krankenhäuser, Wohnanlagen) gesetzt wurden, auf denen heute noch unsere Wirtschaft aufbaut. Das traditionelle Technologiedefizit Österreichs hingegen und die extrem niedrige Forschungs- und Entwicklungsförderungsquote wurden nur in geringem Ausmaß verändert.

Die Strukturprobleme wurden in den 1970er-Jahren stabilisiert, aber nicht beseitigt. Vor allem die tiefgreifende Reform der Verstaatlichen Industrie und Banken wurde erst in der Ära Vranitzky-Lacina begonnen.

Österreichische Außenpolitik – eine nationale Politik im besten Sinne des Wortes

Für Bruno Kreisky war Außenpolitik, die in diesem Vortrag nicht intensiv diskutiert wird, auch Teil der österreichischen Identitätsfindung – durchaus vor dem Hintergrund der historischen Entwicklungen, jedoch in einem wesentlichen größeren Zusammenhang („Österreich das Ergebnis eines mehr als 2000-jährigen Prozesses der Integration verschiedener großer europäischer Völkerschaften“).

Sie sollte die „Außenpolitik des österreichischen Volkes sein“ – unter bewusster Abgrenzung von Deutschland mit einer „selbstbewussten Außenpolitik, die in einer vernünftigen Relation zu seinen Möglichkeiten steht, die jedoch dem Land eine Reputation gibt, die über das Maß seiner tatsächlichen wirtschaftlichen und politischen Potenz hinausgeht“. In diesem Sinne sollte die österreichische Neutralitätspolitik keineswegs zu sehr vom „Strom der Weltpolitik“ abweichen sowie eine Politik in alternativen Szenarien entwickeln.

Aus diesem Grund engagierte sich Kreisky schon als Staatssekretär von 1953 bis 1958 und dann als Außenminister von 1959 bis 1966 sowie als Bundeskanzler nach 1970 in Entspannungsbemühungen, um einen möglichen Dritten Weltkrieg auf europäischem Boden zu verhindern. Abrüstungsinitiativen waren genauso wichtig wie die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) oder die österreichische Nachbarschaftspolitik mit kommunistischen Staaten. Besondere Bedeutung dieser auch österreichischen Sicherheitspolitik kam dabei der UNO zu. Aus diesem Grund wurde auch das Projekt der Klaus-Regierung, einen dritten Amtssitz der UNO in Wien zu bauen gegen heftigen Widerstand und ein erfolgreiches Volksbegehren realisiert. Je mehr internationale Organisation in Wien angesiedelt seien, desto geringer wäre die Gefahr einer neuerlichen militärischen Konfrontation oder eines Einmarsches wie 1938.

Sowohl der Nord-Süd-Konflikt als auch der Konflikt zwischen Israel, den Palästinensern und seinen arabischen Nachbarn hatte – wie sich in den Erdölkrisen der 1970er-Jahre bewahrheiten sollte – durchaus direkte Auswirkungen auf Europa und Österreich. In diesem Sinne erweiterte Kreisky das aus Ost-West-Fragen reduzierte Neutralitätspolitische Konzept um zwei globale Themen, die aber ebenfalls Sicherheitsrelevanz hatten.

Vergeblich versuchte Kreisky, nahostpolitische Initiativen bereits Ende der 1960er-Jahre mit dem Projekt einer europäischen Entspannungskonferenz zu verknüpfen. Wesentlich erfolgreicher war er aber in der Folge bei dem Versuch, europäische Interessen an den Rechten und Problemen der Palästinenser, repräsentiert durch die PLO, zu wecken, als die Erdölpreiskrise 1973/74 und 1978 auch Westeuropa die strategische Abhängigkeit auch vom arabischen Raum vor Augen führt. Hier konnte Kreisky seine frühen Initiativen Ende der 1970er- und in den frühen 1980er-Jahren weiterentwickeln. Seit einer ausgedehnten Gesprächstour durch alle direkt am Konflikt beteiligten arabischen Staaten Israel 1974 und 1975 im Rahmen der Sozialistischen Internationale blieb Kreisky als fixer und für mancher höchst unbequemer politischer Beobachter aktiv. Zwar gelang es ihm, seiner Überzeugung, dass Ägypten unter Präsident Sadat zu Friedensgesprächen bereit war, entsprechende Gehör zu verschaffen und auch an einer Annäherung Sadat-Nixon mitzuwirken, doch seine zentrale politische Botschaft blieb ungehört: Schon bei dem ersten Gespräch mit Sadat hatte ihm dieser ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der PLO, Jassir Arafat, vermittelt, aus dem mit Unterbrechungen ein jahrzehntelanger enger politischer Kommunikationskanal entstand. Seit 1974/75 war Kreisky klar geworden, dass nicht Ägypten, Jordanien oder Syrien der zentrale Bereich einer friedlichen Nahostlösung ist, sondern dass es die Lösung des Palästinenser-Flüchtlingsproblems ist. In der Nahost-Frage ist sicherlich dem prominenten US-Kolumnisten James Reston zuzustimmen, dass „der alte weise Mann“ (1983) seiner Zeit weit voraus war.

Zunehmend negativ kommentiert wurde Kreiskys Neutralitätspolitik in den 1970er-Jahren, nachdem die USA nach der Intervention der UdSSR in Afghanistan und in erster Linie in der Reagan-Administration mit der US-Hochrüstung im illusionären „Star War“

Programm eine härtere Gangart im Kalten Krieg eingelegt hatte. Diese engte zunehmend den Handlungsspielraum von Neutralen wie Österreich ein.

Plötzlich entstand Anfang der 1980er-Jahre auch ein Bild des Anti-Amerikaners Kreisky, der den libyschen Revolutionsführer Ghadaffi zum Ärger der Reagan-Administration als Staatsgast empfing, und auch die NATO-Nachrüstung heftig kritisierte. In der Debatte um die Kriegsvergangenheit Kurt Waldheims wurde konsequenter Weise argumentiert, dass Kreiskys häufige negative Kritik an den USA seit den späten 1970er-Jahren den „Boden“ an der „Ostküste“ bereitet habe, auf dem sich die „Waldheim-Kampagne“ entwickelt habe. Ein Studium der Unterlagen in den Presidential Libraries von Jimmy Carter und Ronald Reagan zeigen in Verbindung mit anderen Dokumenten die Haltlosigkeit dieser These: Mediale Konfrontationen dieser Art hatten keinerlei Einfluss auf die Waldheim-Debatte, da sie keine langfristigen Image-Probleme – wohl aber Kontroversen – mit sich gebracht hatten. Eher ist festzuhalten, dass das Konzept der Neutralität im Zuge der neuen Konfrontationen zwischen den USA und der UdSSR in den 1980er-Jahren zunehmend von westlicher Seite kritisiert wurde.

Anlässlich des 100. Geburtstags von Bruno Kreisky 2011 überschlugen sich Medien aller Art in Auseinandersetzungen mit dem „Mythos Kreisky“, wobei das gesellschaftliche Umfeld dieses offensichtlichen außergewöhnlichen Politikers meist ausgeklammert bleibt, den selbst 27 Jahre nach seinem Rücktritt als Bundeskanzler 59 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher für den besten Regierungschef der Zweiten Republik halten – obwohl die Jungen bis 30 Jahre mit „Kreisky“ häufig die 2005 gegründete Musikband, die nach ihm benannt ist, assoziieren.

Es ist kein Zufall, dass die „Unvollendete“ von Franz Schubert zu seinen Lieblingswerken gehörte, und Kreisky 1983 unter Hinweis darauf resümierte, „dass wir den Mut haben, uns immer wieder selber in Frage zu stellen und zur Kenntnis nehmen, dass eben alles, was wir beginnen unvollendet bleibt. Aber es müssten eben andere erneut versuchen“.

Anhang:

Werke Bruno Kreisky s

Reden. Bd. 1 u. 2, Wien 1981.

Politik braucht Visionen, Königstein im Taunus 1982.

Das Nahostproblem, Wien 1985.

O. Rathkolb, I. Etzersdorfer (Hg.): Der junge Kreisky. Schriften, Reden, Dokumente 1931-1945, Wien 1986.

Decolonization & After. The Future of the Third World (Mitherausgeber), London 1987.

20 Millionen suchen Arbeit (Herausgeber), Wien 1989.

J. Kunz (Hg.): Bruno Kreisky. Ansichten des sozialdemokratischen Staatsmannes, Wien 1993.

Memoiren in drei Bänden (Band 1: Zwischen den Zeiten, Band 2: Im Strom der Politik, Band 3: Der Mensch im Mittelpunkt), herausgegeben von O. Rathkolb, J. Kunz und M. Schmidt, überarbeitete Neuauflage, 2000.

The Struggle for a Democratic Austria. Bruno Kreisky on Peace and Social Justice, herausgegeben von M. P. Berg, J. Lewis und O. Rathkolb, New York/Oxford 2000.

O. Rathkolb (Hg.): Bruno Kreisky. Erinnerungen. Das Vermächtnis des Jahrhundertpolitikers, 2007

Biographien bzw. Studien zur Ära Kreisky

Bruno Kreisky. Un homme per a la peau. Mallorca 1976-1990. (1991, Ausstellungskatalog); H. Fischer: Die Kreisky-Jahre 1967-1983, 1993; H. P. Secher: Bruno Kreisky: Chancellor of Austria, 1993; H. Danzinger: Bruno Kreisky und die Zeitschrift "Profil": Eine empirisch-inhaltliche Analyse, 1994; K. R. Müller, W. A. Perger, W. Petritsch: Bruno Kreisky - Gegen die Zeit. 1995; G. Bernadette Waldner: Bruno Kreisky, Medienstar: Zur Bedeutung von Kalkül und Intuition in der politischen Kommunikation, 1995; H. Pesendorfer: Bruno Kreisky - Transformation der SPÖ? Bruno Kreisky wird Parteiobmann, 1996; A. P. Pittler: Bruno Kreisky, 1996; G. Schmid: Die Ära Kreisky 1970-1983; ihre Auswirkungen auf das politische System Österreichs, 1996; W. Gatty, G. Schmid, M. Steiner, D. Wiesinger (Hg.): Die Ära Kreisky. Österreich im Wandel 1970-1983, 1997; G. Schmid: Österreich im Aufbruch. Die österreichische Sozialdemokratie in der Ära Kreisky (1970-1983), 1999; W. Petritsch: Bruno Kreisky. Ein biographischer Essay, 2000; C. Dickinger: Der Kreisky-Androsch Konflikt, 2000; H. Niederleitner: „Vergatterung der Patrioten“. Das Medienereignis Schönau-Krise 1973 - eine kommunikationsgeschichtliche Analyse, 2002; B. Liegl / A. Pelinka: Chronos und Ödipus. Der Kreisky-Androsch-Konflikt, 2004; R. Kriechbaumer: Die Ära Kreisky. Österreich 1970-1983 in der historischen Analyse, im Urteil der politischen Kontrahenten und in Karikaturen von Ironimus, 2004; E. Röhrlich: Exilerfahrung und internationale Politik. Themen und Praxis der Außenpolitik Bruno Kreiskys (1970-1983), 2005; B. Mauhart: Ein Stück des Weges gemeinsam. Die Ära Kreisky/Androsch in Texten und Bildern, 2006; G. Hinteregger: Im Auftrag Österreichs: gelebte Außenpolitik von Kreisky bis Mock. 2008; A. Pelinka / H. Sickinger / K. Stögner: Kreisky – Haider. Bruchlinien österreichischer Identitäten, 2008; U. Felber (Hg.): Auch schon eine Vergangenheit. Gefängnistagebuch und Korrespondenzen von Bruno Kreisky, 2009; E. Röhrlich: Kreiskys Außenpolitik. Zwischen österreichischer Identität und internationalem Programm (= Zeitgeschichte im Kontext; Bd. 2), 2009; G. Szyszkowitz: Kreisky, Textbuch eines Bühnenstücks, Freie

Bühne Wieden, 2009; W. Petritsch: Bruno Kreisky. Die Biografie. 2010. H. Maimann: Gespräche aus Distanz und Nähe. 2011; C. Hirschmann: Ein Leben für die Sozialdemokratie. Bruno Kreisky. Sonnenkönig, Arbeiterführer und Einzelgänger. 2018; C. Kotanko: Kult-Kanzler Kreisky. Mensch und Mythos. 2020; U. Brunner: Lernen ´S Geschichte, Herr Reporter! 2020. D. Aschheim: Kreisky, Israel, Jewish Identity, 2022.

Lexikographische Überblicksliteratur

H. Eder: Die Politik in der Ära Kreisky, in: Reinhard Sieder, Heinz Steinert, Emmerich Tálos (Hg.): Österreich 1945-1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, 1995, 186-199. Félix und Denise Kreissler: Bruno Kreisky. In: Les Grands Revolutionnaires. 1984,99-188. W. C. Müller: Bruno Kreisky. In: H. Dachs, P. Gerlich, W.C. Müller (Hg.): Die Politiker. Wien 1995, 353-365. O. Rathkolb: Bruno Kreisky. In: Otfried Dankelmann (Hg.): Lebensbilder europäischer Sozialdemokraten des 20. Jahrhunderts, Wien 1995. O. Rathkolb: Die Kreisky-Ära 1970-1983. In: Rolf Steiniger/Michael Gehler (Hg.) Österreich im 20. Jahrhundert. Band 2. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart, 1997, 305-353. G. Bischof, Bruno Kreisky, in: B. A. Cook (ed.), Europe Since 1945: An Encyclopedia, 2001, Vol. 2, 747-750. Brandt, Kreisky and Palme as Policy Entrepreneurs: Social Democratic Networks in Europe ´s Policy Towards the Middle East, in: W. Kaiser/B. Leucht/M. Gehler (Ed.): Transnational Networks in Regional Integration. Governing Europe 1945-83, 2010, 152-175. O. Rathkolb, Sozialdemokratische Netzwerke in der europäischen Nahostpolitik – Brandt, Kreisky und Palme als politische Unternehmen, in: Michael Gehler, W. Kaiser, B. Leucht (Hrsg.): Netzwerke im europäischen Mehrebenensystem. Von 1945 bis zur Gegenwart, 2008, 121-137. O. Rathkolb, Bruno Kreisky (1911-1990): Der „beste zweite Mann“ als beliebtester Bundeskanzler der Zweiten Republik, in: P. Brandt, D. Lehnert (Hg.), Sozialdemokratische Regierungschefs in Deutschland und Österreich 1918-1983, 2017, 247-281.

Sammelwerke über die Ära Kreisky

J. Kunz (Hg.): Die Ära Kreisky: Stimmen zu einem Phänomen, 1975. E. Bielka, P. Jankowitsch, H. Thalberg (Hg.): Die Ära Kreisky. Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik, 1983. Aktion kritische Wähler (Hg.): Brüche und Aufbrüche: Zum Wandel der Werte in der Politik, 1985. E. Fröschl, H. Zoitl (Hg.): Der österreichische Weg 1970-1985. Fünfzehn Jahre, die Österreich verändert haben, 1985. P. Pelinka, G. Steger (Hg.): Auf dem Weg zur Staatspartei. Zur Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945, Wien 1988. G. Bischof, A. Pelinka (Hg.): The Kreisky Era in Austria (Contemporary Austrian Studies 2), 1994. Austriaca No. 40 (1995): Bruno Kreisky. Stiftung Bruno Kreisky Archiv / Historisches Museum der Stadt Wien (Hg.): Bruno Kreisky. Seine Zeit und mehr. Wissenschaftliche Begleitpublikation zur 240. Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien, Innsbruck 1998.

Kommentierte Bildbände und Karikaturen

I. Etzersdorfer: Kreiskys große Liebe, 1987. Bruno Kreisky. Fotografiert von K R. Müller. Texte von G. Roth und P. Turrini, 1981. D. Fuchs: Bruno Kreisky in der Karikatur (Beiträge zur neueren Geschichte Österreichs 2), 1995. A. Pittler: Das Bruno Kreisky Album. 2010. H. W. Scheidl: Der wahre Kreisky. Eine Biographie in Anekdoten und Karikaturen. 2010. M. Wenzel-Jelinek: Kreisky und kein Nachfolger. Mit Beiträgen von H. Androsch, F.

Fischler, G. Langthaler, H. Neisser, W. Petritsch, O. Rathkolb, A. Rohrer, M. Schmidt, N. Steger, M. Steiner, J. Taus, P. Turrini. 2017

Audiovisuelle Medien und Videos

Erinnerungen. Johannes Kunz im Gespräch mit Bruno Kreisky, 1989. Zu Gast: Bruno Kreisky: Versöhnliche Worte zur Monarchie; nachdenkliche Worte zur EG, 1989. Der Weg nach oben. Dr. Bruno Kreisky 1911-1990, ORF-Video 1990. Begräbnis von Bruno Kreisky, 1990. Ich bin der Meinung: Eine Hommage an Bruno Kreisky, 1990. Abschied von Bruno Kreisky: Staatsakt, Trauerzug, 1991. Abschied von Bruno Kreisky: Zusammenfassung der Trauerfeierlichkeiten, 1991. F. Kreuzer: Bruno Kreisky. Ein Leben zwischen den Zeiten, hrsg. v. J. Kunz. ORF/Edition S. 1993. H. Maimann/P. Lendvai: Kreisky - Licht und Schatten einer Ära, 2000. H. Maimann: „Bruno Kreisky. Politik und Leidenschaft“ Mit: H. Androsch, B. Coudenhove-Kalergi, H. Fischer, A. Heller, H. Kissinger, H. Schmid u.a., DOR Film/ORF 2011. Filmarchiv Austria, Die Ära Kreisky. Historische Filmdokumente und Zeitzeugeninterviews

5 DVDs, Wien 2011. „Ich bin der Meinung“. Bruno Kreisky im Parlament. Eine repräsentative Auswahl seiner Reden und Diskussionsbeiträge aus den Jahren 1960 bis 1983, Redaktion P. Dusek, Wien 2011.

Kassette

Bruno Kreisky, Regierungserklärungen 1970, 1971, 1975. (1970, 1971: nur schriftlich, 1975: 2 Kassetten) (Dokumentation unserer Zeit. Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky. Regierungserklärung 1975), hrsg. v. K. H. Ritschel.

Schallplatte

Dr. Bruno Kreisky, Weiter auf dem österreichischen Weg (Dokumentation unserer Zeit). Produktion F. Salus, Interview: K. H. Ritschel.